

Bosnien auf EU-Kurs bringen

Von **Vreni Müller-Hemmi**
und **T. K. Vogel***

Im Juli wurde unter weltweiter Anteilnahme des Völkermords von Srebrenica gedacht, der 1995 die Wende im Bosnienkrieg eingeleitet und am 21. November nach langwierigen Verhandlungen zum Friedensvertrag von Dayton geführt hatte. Zehn Jahre später wird die internationale Balkanpolitik auf zwei Schauplätzen erneut auf die Probe gestellt: in Kosovo, nominell immer noch ein Teil Serbien-Montenegros, aber seit 1999 de facto ein Uno-Protectorat, und in Bosnien-Herzegowina, wo die Nachkriegsordnung von Dayton an ihre Grenzen stösst.

Verhandlungen über definitiven Status

In Kosovo will eine albanische Mehrheit die staatliche Unabhängigkeit, der sich die serbische Minderheit entschieden widersetzt. Die Albaner haben ihre Geduld mit dem Uno-Protectorat verloren. Bald wird der Uno-Sicherheitsrat auf Grund eines Berichts entscheiden, ob die Situation in der Provinz Verhandlungen über deren definitiven Status zulässt. Wenige zweifeln daran, dass Kosovo dereinst in die Unabhängigkeit entlassen werden wird. Falls dieser Entscheid nicht bald fällt, dürfte sich die Unzufriedenheit wieder, wie schon im März letzten Jahres, in Unruhen entladen, was die internationale Gemeinschaft um jeden Preis verhindern will.

In Bosnien-Herzegowina ist die Situation noch verfahrenener. Dort stehen sich als Konsequenz des Dayton-Abkommens zwei Teilstaaten gegenüber. Eine der so geschaffenen «Entitäten», die «Serbische Republik», versteht sich höchst ungern als Teil des souveränen Bosnien-Herzegowina. Sie verdankt ihre Existenz weitgehend der ethnischen Säuberung ihres Territoriums von Nichtserben, wofür Srebrenica noch heute eines der bedrückendsten Beispiele darstellt. Die «Serbische Republik» hat deshalb am meisten durch zentralstaatliche Stärkung und Neuordnung zu verlieren. Eine solche Entwicklung ist aber unerlässlich, will sich das tief traumatisierte Land wirklich der Europäischen Union annähern, was die einzig realistische – wenn auch langfristige – Perspektive für eine Besserung der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Situation darstellt.

Dayton überwinden

Die Frage einer staatlichen Neuordnung innerhalb der international anerkannten Aussengrenzen ist auch deshalb von brennender Aktualität, weil der Hohe Repräsentant Paddy Ashdown auf Anfang 2006 zurücktreten und in seiner bisherigen Funktion nicht ersetzt werden wird. Auch wenn die territoriale Integrität Bosnien-Herzegowinas nicht zur Debatte steht, könnte die Unabhängigkeit Kosovos zum gleichen Zeitpunkt jenen serbischen Kräften Aufwind geben, welche einen Territorialhandel in Bosnien-Herzegowina oder zumindest eine noch grössere Autonomie für die «Serbische Republik» fordern. Diese Situation wird politisches Feingefühl, aber auch Durchsetzungsvermögen verlangen; es ist deshalb unabdingbar, dass die internationale Gemeinschaft eine klare Strategie für die nächsten zwölf Monate verfolgt.

Die Probleme in Bosnien-Herzegowina beschränken sich jedoch nicht auf die Überwindung des Entitäten-Modells von Dayton. Wie in vielen

Transformationsländern stehen auch hier den fortschrittlichen Kräften solche gegenüber, die sich gegen jegliche Veränderung sperren. Es ist eine der Tragödien Bosnien-Herzegowinas, dass sich antinationalistische Modernisierer bis heute nicht glaubwürdig haben organisieren können, was den kroatischen, serbischen und muslimischen Nationalisten in ihren jeweiligen Kantonen und Teilrepubliken regelmässig Wahlsiege beschert hat. Die Nationalisten deuten ihre Popularität als Mandat, Reform und Modernisierung herauszuzögern; Versuche, die einzelnen Landesteile stärker zu integrieren, sind ihnen ebenfalls nicht willkommen.

Die nüchterne Analyse zeigt, dass zehn Jahre nach Srebrenica und Dayton Bosnien-Herzegowina trotz enormer Wiederaufbauhilfe – zu der auch die Schweiz grosszügig beigetragen hat – weit von einem stabilen und funktionierenden Rechtsstaat entfernt ist. Dies ist mit ein Grund für die andauernd hohe Emigration vor allem jüngerer Menschen. Wenn das Land als Gesamtstaat wirklich eine Zukunft haben soll, muss rasch mit internationalem Sukkurs eine Strategie zur Überwindung des Entitäten-Staats von Dayton gefestigt und umgesetzt werden. Hier sind primär die politischen Kräfte im Lande gefordert, die sich allerdings verstärkt auf die Anliegen der Zivilgesellschaft einlassen müssen.

Ein breiter Dialog

Die zivilen Kräfte schöpfen viel Hoffnung aus dem Umstand, dass sich das Land wie auch die andern Staaten des früheren Jugoslawien der EU annähern wollen. Dazu sind Reformen nötig: Bereits die mittelfristige Assoziierung wird ohne grundsätzlichen Wandel nicht möglich sein, der langfristig angestrebte Beitritt noch viel weniger. Institutionen und Parteien werden sich diesen Anforderungen anpassen müssen, auch wenn es ihren eigennützigen Interessen widerspricht. Das hat bislang nur durch punktuelle

Zwangsmassnahmen des jeweiligen Hohen Repräsentanten erreicht werden können. Die institutionellen Reformen der letzten Jahre sind tatsächlich alle unter dem Integrationsdruck beziehungsweise einem Integrationswillen zu Stande gekommen: Heute hat Bosnien-Herzegowina endlich ein gesamtstaatliches Fernsehen, ein Grenzwachtkorps und eine Steuerverwaltung. Abkommen zur Schaffung einer entitätsübergreifenden Polizei und Armee sind kürzlich getroffen worden und müssen in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Das alles hat zu einem schrittweisen Abbau der Macht der Nationalisten geführt, welche bisher in den Entitäten konzentriert war.

Obwohl die Assoziierungs- und Beitrittsperspektive also eine integrative Wirkung auf das fragmentierte Bosnien-Herzegowina hat, kann mit ihr allein die notwendige soziale und politische Transformation nicht erreicht werden. Denn viele Politiker sind noch nicht bereit, für einen EU-Beitritt ihre persönlichen Interessen zurückzustellen.

Strategien bündeln

Solange sich die Menschen nicht als Bürgerinnen und Bürger Bosnien-Herzegowinas verstehen und ihr Heil immer noch in nationalistischen Ideologien suchen, werden sie auch nicht in der Lage sein, ihre Politiker zur Verantwortung zu ziehen. Damit sich das ändert, braucht es neben der Verhaftung von Radovan Karadzic und Ratko Mladic dringend einen breiteren und sorgfältig geführten Dialog über die Zukunft und Ausgestaltung eines lebensfähigen, nach demokratischen und menschenrechtlichen Spielregeln organisierten Staates. Diesen Prozess gilt es von aussen zu unterstützen.

Mit schweizerischer wie internationaler Unterstützung organisiert deshalb der Verein Bosnien-Herzegowina 2005 diese Woche eine Konferenz in Genf, an der bosnische wie internatio-

nale Fachleute aus Zivilgesellschaft und Politik die vordringlichen Massnahmen zur Überwindung des Entitäten-Modells diskutieren. Mehrere Arbeitsgruppen sind bereits dabei, konkrete Reformschritte hin zu einer stabilen Rechts- und Gesellschaftsordnung zu entwickeln. Die Umsetzung soll nach der Konferenz von Bürgerkomitees im Lande selbst begleitet werden. Ein wichtiger Aspekt dieses Ansatzes ist es, bosnischen Politikern und Politikerinnen ein neutrales Forum zu bieten, in welchem sie sich grundsätzlichen Fragen des Staatsaufbaus zuwenden können.

Mit Hilfe von internationaler Koordination sollten ähnliche prozessorientierte und lokal geführte Netzwerke auch in andern Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien gefördert werden. Ohne eine starke Unterstützung aus den Zivilgesellschaften werden die EU-Annäherungsaufgaben nicht zu lösen sein. Zehn Jahre nach Dayton sollte darum auch der Schweizer Beitrag zur Stabilität auf dem Balkan jetzt deutlich in die grossen strategischen Linien eingebettet werden, welche die EU dort verfolgt. Nur so können die brennenden Probleme Bosnien-Herzegowinas und auch Kosovos gelöst werden. Die Genfer Bosnien-Konferenz will mit ihren konkreten Projekten einen Beitrag an eine solchermassen verstärkte Kohäsion der internationalen Balkanpolitik leisten.

** Vreni Müller-Hemmi ist SP-Nationalrätin und Mitglied der Aussenpolitischen Kommission. Sie engagiert sich für Wiederaufbau und Demokratisierung des Westbalkans und ist Vorstandsmitglied des Vereins Bosnien-Herzegowina 2005. Der Politologe T. K. Vogel ist Doktorand an der New School for Social Research und hat sechs Jahre in Bosnien gelebt, wo er u. a. für die Uno arbeitete. Er schreibt u. a. für Transitions Online (www.tol.org) und das «Wall Street Journal».*

Die internationale Konferenz «Ten Years of Dayton and Beyond» findet am 20./21. Oktober in Genf statt (www.bosnia2005.org).

